Zeitschrift: Schweizerische Bauzeitung

Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine

Band: 93 (1975)

Heft: 7: SIA-Heft, 1/1975

Artikel: Wie kann die Bauwirtschaft der neuen Lage begegnen?: Podiumsgespräch

Autor: Redaktion

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-72670

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wie kann die Bauwirtschaft der neuen Lage begegnen?

Podiumsgespräch unter der Leitung von **A. Grüninger**, Dir. Gisler u. Gisler, Zollikon, Bauvorstand Herrliberg. Teilnehmer: Dir. **F. Beeler**, Kantonalbank Schwyz; **P. Binkert**, Dir. Keramische Industrie Laufen; **F. Hauser**, Geschäftsführer der von Moos Stahl AG, Luzern; **S. Lardi**, Dir. Mobag, Genf; **H. Siegle**, Architekt SIA, Genf; Dr. **A. Schwendimann**, Zentralsekretär Schweiz. Baumeisterverband, Zürich, **E. Witta**, Bauingenieur SIA, Fa. Minikus, Witta & Partner, Zürich

DK 69:338

Den Abschluss der Engelberger Tagung vom 23. und 24. Januar bildete ein Podiumsgespräch. Es war bestimmt, die themagebundenen Vorträge in freier Form, vor allem aber aus den Niederungen der alltäglichen Existenzsorgen heraus zu ergänzen und mit seinem Ergebnis den Schlussstein der Tagung zu setzen. Dementsprechend vertraten die sechs Gesprächspartner spezifische Arbeitsgebiete innerhalb der gesamten Bauwirtschaft. Vorbereitend waren am Vorabend in 5 Gruppen verschiedene Themen diskutiert worden. An Diskussionsstoff aus dem Tagungsverlauf mangelte es freilich nicht, zum Beispiel etwa hinsichtlich Kapazitätsanpassung, öffentliche Institutionen, Baufinanzierung, Baukostensenkung, Baustoffindustrie und Baunebengewerbe, Bauvorschriften und Umweltschutz, Submissionspraxis, Planung und Forschung, Zusammenarbeit in der Bauwirtschaft. Aus diesen Gruppenarbeiten ergaben sich einige Fragestellungen, die Arthur Grüninger *als Gesprächsleiter den Tischgenossen auf dem Podium geschickt zuzuspielen wusste.*

Eine eigentliche Diskussion kam dabei allerdings nicht zustande, war aber wohl auch nicht beabsichtigt, da die eigenberuflichen Interessengebiete der Teilnehmer für den Austausch von Rede und Gegenrede eher weit auseinanderlagen. Jedoch kristallisierte sich gegen Schluss des Gespräches in mehreren Voten als allgemeine Folgerung und nächstliegende konkrete Zielsetzung eindrücklich ab, im Gesamtrahmen der Bauwirtschaft eine repräsentative Dachorganisation *zu schaffen. Deren Aufgaben wurden als vielseitig und vor allem auch als wirtschaftspolitisch und informatorisch ebenso nützlich wie dringlich angesehen. Die Tagungsveranstalter und die der Bauwirtschaft verbundenen weiteren Verbandsorganisationen werden sich dieses Tagungspostulates tatkräftig annehmen müssen, wenn der Durchhaltewillen der Bauwirtschaft nunmehr überzeugend manifestiert werden soll.*

Das Podiumsgespräch sollte aus der Sicht der Front im Baugeschehen Aufschlüsse vermitteln und Wege zeigen, um der akuten Rezession praktisch wirksam begegnen zu können. Dem Gesprächsverlauf gaben drei Hauptfragen die allgemeine Richtung. Sie betrafen den Abbau der Überkapazität, die Verhinderung eines weiteren Absinkens der Baukonjunktur und einen Bauwirtschaftlichen Zusammenschluss aller Sparten.

Wie kann die in der neuen Situation nicht mehr tragbare Überkapazität abgebaut werden?

Binkert: Über die Notwendigkeit einer Rückbildung der Kapazität gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Sie sollte kontrolliert und stufenweise während einer genügenden Anpassungszeit erfolgen. Leider zwingt der Doppeleffekt der schwindenden Marktnachfrage und der dringlichen Massnahmen auf dem Kredit- und Kapitalsektor zu kurzfristigem Handeln. Schwierige Probleme stellen sich in der Ziegeleiindustrie. Sieben Betriebe sind bis heute grösstenteils stillgelegt worden. Jedoch können die noch verbleibenden hochmechanisierten Anlagen (die rund um die Uhr arbeiten) nicht ohne grosse Verluste (auch an ausgebildetem Fachpersonal) ausser Betrieb gesetzt werden. In der Ziegelindustrie ist die Belegschaft bereits um 40% von 5000 auf 3000 Arbeiter vermindert worden.

Siegle berichtet, wie ein solches «Gesundschrumpfen», d. h. eine Verminderung des Angestelltenbestandes, in einem Architekturbüro etwa vor sich gehen kann oder wie dieser Abbau bereits erzwungen worden ist. Noch um die Jahreswende wurde auf Grund der damals vorliegenden Angaben in Genf die Arbeitsmarktlage zwar als rückläufig, jedoch nicht als alarmierend betrachtet. Kurzfristig wirkten sich dann Faktoren aus, die unverhofft zu massiven Zurückstellungen und zu Absagen von Bauvorhaben führten. Dies ergab eine völlig neue Lage. Die Lösungsmöglichkeiten wurden geprüft: Reduktion der Arbeitszeit (genügt nicht); Durchhalten mit den vorhandenen Reserven (wie lange, und was dann?); Austausch mit befreundeten Büros (überall dasselbe Bild); was bleibt, ist das Gespräch mit einigen Angestellten mit der Empfehlung, sich nach einem neuen Arbeitsplatz umzusehen.

Im Rahmen der Verbände wurden als mögliche Sofortmassnahmen durchberaten: Selbsthilfe, Umschulung [1]), Warnung an die Jungen, keine Bauberufe zu ergreifen usw. In der Zwischenzeit hat mancher Büroinhaber und Angestellte die schwerwiegenden Probleme selbst lösen müssen, denn jede dieser Sofortmassnahmen wäre zu spät gekommen – oder aber er hat sie noch nicht gelöst (die Genfer Arbeitslosenkasse zahlt nur für drei Monate).

Schwendimann möchte vor der Illusion warnen, dass es in einer Bauunternehmung möglich sei, nur die unterste Schicht, die Hilfsarbeiter bzw. die Fremdarbeiter zu entlassen. Die Arbeitspyramide eines Unternehmens muss von

[1]) Zur Frage der *Umschulung* ein Hinweis und eine Reminiszenz: Die an der Tagung erwähnte Umschulung von Baufachleuten auf andere (technische) Berufszweige ist wohl nur als ausgesprochene Notmassnahme zu betrachten, denn: Die Bauwirtschaft hat alles Interesse, ihre geschulten und erfahrenen Kräfte sich wie auch immer zu erhalten. Zudem dürfen die Möglichkeiten einer Umschulung nicht überschätzt werden. Sie setzen auch voraus, dass auf verwandten Arbeitsgebieten eine mit erheblichen Investitionen verbundene Beschäftigungsmöglichkeit berufsfremder Fachleute überhaupt besteht.

In solchem Zusammenhang sei auf eine Möglichkeit verwiesen, die es zuliesse, Architekten, Ingenieure, Techniker und Zeichner interimistisch in ihrem angestammten Berufsbereich zu beschäftigen. Hierzu:

In den weltkrisengeprägten dreissiger Jahren, als in ungleich grösserem, d. h. umfassenderem Masse als heute Arbeitslosigkeit herrschte, hat man im Bauwesen mit Unterstützung durch Kantone und Stadtgemeinden zu aktiver Selbsthilfe gegriffen: Unter Mitwirkung von Stadt und Kanton hat in Zürich Architekt Dr. *Hermann Fietz* höchst verdienstvoll den *Technischen Arbeitsdienst* (T. A. D.) ins Leben gerufen. Diese subventionierte, aber teils auch selbsttragende Institution ermöglichte es, Baufachleute für verschiedene einschlägige Arbeiten temporär oder auf längere Dauer einzusetzen. Solche Aufgaben waren Aufnahmen alter Baudenkmäler (Kloster Rheinau, Grossmünster und Glarner Bauernhaus, für Bürgerhausgebäude sowie die Inventarisation der Kunstdenkmäler der Schweiz usw.), ferner graphische Verkehrsstatistik, Regionalplanungsarbeiten für Zürich und vieles andere mehr. Im T. A. D. fanden auch arbeitslose Fachleute aus der Maschinenindustrie Beschäftigung.

Diese Arbeiten drängten sich damals vom Dringlichkeitsgesichtspunkt aus nicht unbedingt auf. Aus der heutigen Sicht sind damit aber bedeutende kulturelle Werte erhalten, bzw. geschaffen worden. Die Arbeiten des T. A. D. wurden von Zeit zu Zeit öffentlich ausgestellt. Sie zeichneten sich aus durch hohe Qualität und galten in mancher Hinsicht als mustergültig.

Weitere T. A. D.-Gruppen bildeten sich in verschiedenen Schweizer Städten. *G. R.*

oben nach unten durchgetrennt werden, und es werden auch gelernte und Kaderleute bis in die höchsten Chargen von einer Kapazitätsrückbildung betroffen.

Hauser meint, dass der Rückbildungsprozess schon weit fortgeschritten sei und bereits die Gefahr eines die Kosten nicht mehr deckenden Preiszerfalles (Kampf aller gegen alle!) in verschiedenen Gewerbezweigen drohe. Eine Kostensenkung unter die Grenzkosten bedeutet keine Lösung. Die Preisfrage könnte leicht zu einem Politikum werden.

Witta, darauf angesprochen, wie sich der laufend aus den Schulen kommende Zuwachs an Ingenieuren und Architekten auswirken wird: Zur Zahl der aus Planungs- und Projektierungsbüros infolge Beschäftigungsmangel ausscheidenden Arbeitskräfte addiert sich das Kontingent der Hochschulabsolventen. Man ist versucht, heute festzustellen, dass es falsch war, diesen Nachwuchs auszubilden. Es wurde schon durch die Association Amicale des Anciens Élèves de l'École Polytechnique de Lausanne (A^3) und die Gesellschaft Ehemaliger Studierender der Eidg. Technischen Hochschule (GEP) bei den Mitgliedern und den Botschaften im Ausland angefragt, ob und wo junge Schweizer Ingenieure und Architekten noch ein Auskommen in der Fremde finden könnten. Innerhalb der Büros sind Ausweichmöglichkeiten kaum möglich. Doch darf die Lage nicht dramatisiert werden. Zwei Wünsche an Instanzen, welche auf die Entwicklung Einfluss nehmen können: Erstens eine *Verlangsamung* in der zu abrupten Rückbildung wäre durchaus denkbar und anzustreben. Ein zeitkonformer Rückgang zeichnet sich an der Abt. Bauingenieurwesen der ETHZ bereits ab: Für das laufende Jahr ist mit dem Eintritt von 90 Maturanden zu rechnen, während es 1974 noch 132 waren (was schon eine Reduktion gegenüber den Vorjahren bedeutete). Zweitens ist zu beachten, dass auch *kleinere Bürobetriebe* zu unserer Volkswirtschaft gehören. Ihre Existenz soll erhalten bleiben, auch wenn die Zeit für die Grossfirma zu arbeiten scheint!

Lardi bestätigt, dass jedes Unternehmen vom kleinsten bis zum grössten seine Kapazität einschränken muss. Davon sind die Generalunternehmer nicht ausgeschlossen. Was vermieden werden sollte, ist eine überstürzte Rückbildung unter die langfristig notwendigen Kapazitäten.

Schwendimann zur Frage, ob ein Jahresabbau von 12 % noch verkraftet werden könnte in der Voraussicht einer künftigen Normalisierung: Berechnungen des Schweizerischen Baumeister-Verbandes (SBV) ergeben eine Rückbildung der effektiven Vorräte im Hoch- und Tiefbau um 40 %, im Wohnungsbau um 55 %, im Tiefbau um 29 % (ohne die Auswirkungen der Abstimmung vom 8. Dezember 1974). Ähnlich prognostiziert die Baustoffindustrie mit optimistisch –40 %, pessimistisch –50 %. Für die Prognosen im Wohnungsbau wird ein längerfristiger Bedarf unterschiedlich von 53 000 bis 45 000 Einheiten angegeben. Was an Wohnbauvolumen finanziert und bewilligt ist, dürfte heute unter 40 000 Einheiten liegen. Hier besteht eine echte Finanzierungslücke. Es fällt auf, dass für die Jahre 1974 und 1975 ein Abbau von 12 % genannt wird. Wenn diese Angabe nicht irreführend ist, wäre anzunehmen, dass ein Wendepunkt einstweilen noch auf sich warten lässt, möglicherweise auch noch im Jahre 1976. Hierzu der *Gesprächsleiter:* Offensichtlich besteht eine Schwierigkeit in der *Erfassung des Baubedarfes.* Hier stellt sich eine bauwirtschaftliche Aufgabe in der Beschaffung zuverlässiger Unterlagen und deren informativen Auswertung.

Beeler: Wenn es der Bauwirtschaft gut geht, geht es auch den Banken gut, denn beide sitzen im selben Boot. Es hat wenig Sinn, heute die Schuld an der Misere sich gegenseitig in die Schuhe zu schieben. Fehleinschätzungen (zum Beispiel auch in der Bedarfsfrage) sind von verschiedener Seite erfolgt. Die sogenannten Langkreditbanken gewähren in der Regel keine Baukredite ohne Konsolidierungszusage. Es ergeben sich aber Schwierigkeiten, wenn Baukredite vom Kreditnehmer nicht abgelöst werden können und den Banken dann während längerer Zeit «am Halse hängen». Als die Kreditrestriktionen erlassen wurden (deren rückwirkende Inkraftsetzung den Banken schwer zu schaffen machte), erwartete man, dass sie nur wenige Monate dauern würden. Doch wurde man eines andern belehrt. Zunächst ergab sich ein Bremsweg im Kreditstopp dadurch, das frühere Kreditzusagen aktiviert wurden. Die darauf folgende Sperrung neuer Kredite bewirkte die Finanzierungslücke. Neue Lokkerungsbeschlüsse dürften jedoch die Finanzierungsprobleme allmählich erleichtern und zu einem leichten wirtschaftlichen Wiederanstieg führen.

Was kann getan werden, um ein weiteres Absinken der Baukonjunktur zu verhindern?

Witta setzt sich als Zürcher Kantonsrat mit den langfristigen *Investitionsprogrammen* der öffentlichen Hand auseinander. Diese Programme müssen auf den Stufen Bund, Kantone und Gemeinden gefordert werden; sie sind für eine gesunde Entwicklung der Bauwirtschaft nötig. Die Erfahrungen haben aber gelehrt, dass diese Programme nicht überbewertet werden dürfen. Das kantonalzürcherische Strassenbauprogramm beispielsweise wurde nach einer Strassenbau-Euphorie dem heute als nötig erachteten Umfang angepasst und auf rund einen Siebtel zusammengestrichen. Der Bauunternehmer, der sich den Prognosen und diesem Programm entsprechend eingerichtet hat, wird besonders stark unter den heutigen Schwierigkeiten leiden. In der Schweiz zeigen sich mit den langfristig geplanten Investitionen der öffentlichen Hand auch die Nachteile der direkten Demokratie. Jede Investition ist kurzfristig einer Genehmigung, einem Finanzreferendum oder sonst einer Bestätigung unterworfen. Die Verwerfungswelle des Souveräns hat in letzter Zeit manches langfristig angelegte Investitionsvorhaben zunichte gemacht.

Binkert: In der Beurteilung der Steuerungsmöglichkeiten muss unterteilt werden in die Massnahmen der Privatwirtschaft und in diejenigen der öffentlichen Hand; letztere in kurzfristiger und langfristiger Sicht. Langfristig ist eine gut überlegte Baupolitik einzuschlagen. Dabei darf die gegenwärtige Sparübung nicht einseitig zu Lasten der Investitionen erfolgen. Das Wohnbaugesetz ist zu *aktivieren* und die dafür notwendigen Mittel müssen bereitgestellt werden.

Witta: Die heute freiwerdenden Planungskräfte könnten mit Planung auf Vorrat beschäftigt werden, denn langfristig liegen in einem intensiven Planungsaufwand Verbilligungen bei der Ausführung.

Lardi: Zur Verbilligung des Bauens könnte beitragen: Rationalisierungen und ein Kostendenken, das schon bei der Planung vermehrt einsetzt sowie das Zurückschrauben der Ansprüche beim Verbraucher.

Hauser: Eine aussergewöhnliche Lage verlangt auch ausserordentliche Massnahmen. Eine solche bedeutet die Förderung preisgünstiger Wohnungen (mit sofortiger Ausklammerung aller Baukredite aus dem Kreditbeschluss). Als *Arbeitsbeschaffungsmassnahme* sollte auch die im Wohnbaugesetz (Art. 43) vorgesehene Bundeshilfe für die Erneuerung bestehender Wohnungen beansprucht werden können (als Sonderaktion). Über den Stand der Leerwohnungen werden völlig unterschiedliche Angaben herumgeboten. Wir können es uns nicht mehr leisten, nur alle 10 Jahre eine Wohnungszählung durchzuführen. Es fehlt uns dadurch ein

wichtiges Instrument zur heutigen Beurteilung der Lage. Dies bewirkt in weiten Kreisen (auch bei den Banken) geradezu ein Angstgefühl. Eine gründliche Wohnungszählung sollte rasch erfolgen. Weiter fordert der Sprechende eine Differenzierung der Hypothekarzinsgestaltung nach Alt- und Neuhypotheken.

Siegle wird aufgefordert, sich zum Begriff «preisgünstiger Wohnungsbau» zu äussern. Wie kann er überhaupt definiert werden, zum Beispiel hinsichtlich Ansprüchen, Perfektion usw.? Der Sprechende: Im Moment wäre es wahrscheinlich möglich, kostensparend zu bauen (wie lange noch?). Voraussetzung wäre, dass der Auftraggeber gleiche Bedingungen auf sich anwenden würde, wie sie der Unternehmer heute eingehen muss. Preisgünstige Wohnungen mit den gewohnten Massstäben erstellen zu wollen ist eine Illusion. Immer wieder angepriesene «rationelle» Bausysteme werden sozusagen nie realisiert. Es gibt keine Wunder! An sich kann man eine gut ausgebaute Wohnung per se als «preisgünstig» bezeichnen. Doch liegt sie in der Preislage dann eben doch zu hoch. Von der Nachfrageseite gesehen, erlauben die steigenden Preise wenig Spielraum in der Kostensenkung, dies gilt besonders auch für den Rohbau mit seinem Anteil von 30 bis 40 % der Gesamtkosten. Im Ausland kommen auch Häuser «brutto» auf den Markt, d. h. ohne Ausbauarbeiten (Beläge, Sanitäreinrichtungen usw.). Einsparungen werden nur wirksam, wenn sie dem Verbraucher zufallen. Eine mögliche Verbilligung läge noch in der Revision und besseren Koordination alter, überholter und sich widersprüchlich überschneidender Bauvorschriften (z. B. Fensterbau/Schallschutzanforderungen). Auch das Normwesen dürfte nicht zu weit, d. h. bis in die Einzelheiten getrieben werden. Dadurch wird die Situation für den Bauenden unüberblickbar, kompliziert und kostenträchtig. Neue Produkte sollten auch unter baugesetzlichen Gesichtspunkten laufend geprüft werden, sofern sie kostensparend relevant erscheinen.

Witta zur Frage der Einsparungsmöglichkeiten in der Konstruktion: Es ist ein Trugschluss, sich in der Baukonstruktion als solcher Einsparungen versprechen zu wollen. Wenn zum Beispiel für ein Spital hohe Sonderansprüche gestellt werden, kommt die Ausführung zwangsläufig teuer zu stehen. Die «Anspruchsinflation» muss eingedämmt werden! Die Konstruktion als solche kann und darf an Qualität nicht einbüssen. Sie wird automatisch günstiger, wenn die Anforderungen eingeschränkt werden.

Losinger (ausserhalb der Gesprächsrunde) auf die Frage, ob es sinnvoll sei, heute noch weiter zu rationalisieren, wenn doch schon die Reduktion des Personals eine Einsparung bewirke: Noch im Jahre 1950 durften in einer kantonalen Ausschreibung für die Aushubarbeiten keine mechanischen Hilfsmittel eingesetzt werden. Dieser Zeitpunkt einer Anti-Rationalisierung durch vermehrte manuelle Arbeitsleistung liegt noch nicht sehr lange zurück! Jedoch wären solche rigorosen Umstellungen in heutiger Sicht erst dann denkbar, wenn wir in eine akute, kollapsähnliche nationale (allgemeine) Wirtschaftskrise abgleiten würden und die öffentliche Hand Arbeitsbeschaffung um jeden Preis betreiben müsste. Solche Massnahmen sind jedoch nicht am Platze, denn von einer «Krise» kann und soll trotz allen Härten der Rezessionserscheinungen nicht gesprochen werden. Es besteht aber die Gefahr, dass Rationalisierungsmassnahmen infolge der allgemeinen Unsicherheit *nicht* weitergetrieben werden. Dies darf keinesfalls einreissen. Auf längere Sicht nämlich können gewerbliche und industrielle Betriebe gerade durch weitergehende Rationalisierungseffekte sich ihre qualifizierten Kräfte erhalten.

Frage des Zusammenschlusses in der Bauwirtschaft

Binkert: Verschiedentlich ist an dieser Tagung der Wunsch nach einem Zusammenschluss der Bauwirtschaft geäussert worden. Heute fehlt ein repräsentativer Gesprächspartner für die Behörden wie auch für die Öffentlichkeit, der die Bauwirtschaft glaubwürdig vertritt. Ungezählte kleine und mittlere Gruppierungen, die selbst nur ungenügende Querkontakte pflegen, können diese Funktion nicht erfüllen. Eine neu zu schaffende *Dachorganisation* hätte die Branche zu vertreten. Ihre Aufgaben wären Information, Dokumentation und die Ausarbeitung von Stellungnahmen zu grundsätzlichen Fragen.

Witta: Gerade die jüngste Vergangenheit zeigt, dass ein solches übergeordnetes Forum einen nützlichen Zweck erfüllen könnte. Beispielsweise wären jene Erfahrungen, welche die Planungsbüros – die als erste die Auswirkungen der heutigen Lage schon vor einiger Zeit gespürt haben – für diejenigen Glieder der Baukette von grossem Wert gewesen, die etwas später den gleichen Erscheinungen gegenüberstanden. Man hatte es leider versäumt, die Zeichen richtig zu deuten, die Information zeitgerecht weiterzugeben und darnach auch folgerichtig zu handeln.

Schwendimann zur Frage, ob die verschiedenen Sparten der Baubranche in einer Dachorganisation zu einem Interessenausgleich gebracht werden könnten: Bedenkt man, dass im Gewerbeverband die Interessengegensätze unter den einzelnen Berufsgattungen wohl grösser sind, als innerhalb der Bauwirtschaft anzunehmen wäre, so sollte eine übergeordnete Plattform in gemeinsamer Interessenwahrung im Bauwesen ebenfalls möglich sein. Man dürfte es nicht so weit kommen lassen, dass man sich auf den Befund Aussenstehender bezüglich der Lage und über den wirtschaftlichen Ablauf in der Baubranche angewiesen sieht. Es mahnt zum Aufsehen, wenn in einzelnen baulichen Berufssparten zum Beispiel eine rezessive Entwicklung schon vor längerer Zeit vorausgesehen werden konnte und dies nicht weiteren Kreisen bekannt wird, die davon ebenfalls betroffen werden müssen. Ein paritätischer Zusammenschluss tut deshalb allein schon not, um eine bessere Information zu gewährleisten. Richtig verstanden kann er auch trotz unterschiedlicher Interessenvertretung einer gemeinsamen berufsständischen Politik dienen.

Schlussvotum des Gesprächsleiters

A. Grüninger unterstrich mit Nachdruck die Notwendigkeit eines übergeordneten Zusammenschlusses in der gesamten Baubranche. Wenn heute das Image der Bauwirtschaft nicht unbedingt das beste ist, so fehlt es eben auch an informativen Public Relations. Man muss bekanntgeben, inwiefern und wie die Bauenden auch zu Gunsten der Öffentlichkeit tätig sind. Die Tagung hat auch in dieser Hinsicht manche Zusammenhänge zwischen dem Geschehen in der Bauwirtschaft und der gesamten Volkswirtschaft offenbar werden lassen. Dank der Anwesenheit der Informationsträger, der Presse und des Fernsehens, wird es möglich sein, der Öffentlichkeit bekanntzugeben, was die Tagung in Engelberg gezeigt hat, dass man nämlich «bauseits» ernsthaft nach Lösungen sucht und bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und wichtige Aufgaben im Gesamtinteresse nach wie vor zu erfüllen. Eine Tagungsveranstaltung *allein* genügt nicht. Es bedarf jetzt mutiger und nachhaltiger *Weiterarbeit*, wozu auch die Sektionen des SIA aufgerufen sind.

Der Präsident FIB hat das Wort:

N. Kosztics: Wir verzichten darauf, eine Resolution zu den vielen anderen an die Adresse der Behörden zu richten.

Eine wichtigere Aufgabe sehen wir darin, dass – im Sinne des zum Tagungsbeginn von SIA-Präsident Cogliatti vertretenen Solidaritätsgedankens – nunmehr die geforderte *Dachorganisation* der gesamten Bauwirtschaft rasch und energisch an die Hand genommen wird. Hierfür und auch für weitere Tagungsveranstaltungen sind jetzt wesentliche Grundlagen vorhanden.

Die Redimensionierung wird noch weitergehen, doch ist ihr mit allen Mitteln Einhalt zu gebieten, wenn unentbehrliche technische Substanz nicht zerstört werden und wertvolles Know-how mitsamt vertrauten Fachkräften erhalten bleiben soll. Ebensowenig aber dürfen wir neben dem technisch-wirtschaftlichen Problem die Augen vor den schweren menschlichen Folgeerscheinungen in der rückläufigen Entwicklung verschliessen. Unserer gemeinschaftlichen kollegialen Verbundenheit ist mit leeren Worten nicht gedient; sie verlangt rasches und wirksames Handeln.

«... Nur wenn wir zusammenstehen, finden unsere Anliegen Anerkennung. Wir sollten die wirtschaftliche Bedrohung nützen, um die Bauwirtschaft zu einer gewissen Einheit zu bringen, die mit dem nötigen Gewicht respektiert werden muss ... (aus dem Referat «Die Bauwirtschaft im politischen Spannungsfeld» von *Werner Jauslin).*

Die Redaktion

Gedanken zu einer Neubearbeitung der Schweizerischen Stahlbaunorm

Von **Konrad Huber,** Winterthur

DK 624.014.2:389.6

Die nachfolgenden Gedanken zu einer Neubearbeitung der Schweizerischen Stahlbaunorm entsprechen der persönlichen Auffassung des Autors. Sie sind als Diskussionsgrundlage gedacht und sollen einen Beitrag zur Gestaltung der künftigen Stahlbaunorm leisten. Der Verfasser, Präsident der neuen Normenkommission, ist zugleich Vorsitzender der Technischen Kommission der Schweizerischen Zentralstelle für Stahlbau.

1. Problemstellung

Kürzlich ist die SIA-Norm 161, die Stahlbaunorm, als Teilrevision 1974 erschienen. Diese Neuausgabe stützt sich auf die Überarbeitung 1956, die ihrerseits eine Teilrevision der Norm aus dem Jahre 1935 darstellte. So ist es verständlich, dass sich die Notwendigkeit gezeigt hat, nach der Fertigstellung dieser Überarbeitung eine *Totalrevision* einzuleiten.

Hiefür ist eine Normenkommission gebildet worden, die bereits ihre Arbeit aufgenommen hat. Die Fachkreise des Stahlbaues messen dieser Norm grosse Bedeutung bei, so dass es sich rechtfertigt, zu Beginn einer neuen Bearbeitung einigen grundsätzlichen Gedanken nachzugehen.

Bei der Beurteilung der Ausgangslage sind es vor allem drei Fragen, die eine Neubearbeitung bestimmen werden:

1. Welche Teilgebiete des Stahlbaues sollen durch diese Norm kodifiziert werden?
2. An welche Benützerkreise richtet sich die Norm, und welche Voraussetzungen für deren Anwendung sind von diesen Benützern zu erwarten?
3. Wie gelingt es, die vielen neuen Erkenntnisse im Fachgebiet Stahlbau zusammenzutragen, und welche Massnahmen sind zu treffen, um damit die Realisierung dieser schwierigen Aufgabe zu gewährleisten?

Diese Fragestellungen lassen erkennen, dass die Schaffung einer Stahlbaunorm viele Parallelen aufweist zur Entwicklung und Einführung eines neuen Industrieproduktes auf einem Markte. Es scheint reizvoll, diese Parallelität auf die Stahlbaunorm zu übertragen, um damit zu versuchen, die technischen Aufgaben in einen grösseren wirtschaftlichen Zusammenhang zu stellen. Damit ergeben sich die in Tabelle 1 aufgezeigten Parallelen.

Die fünf Teilgebiete (Vorarbeiten, Entwicklung, Erprobung, Produktion, Absatz) lassen erkennen, welcher Arbeitsaufwand notwendig ist, um zielbewusst und umfassend eine solche Entwicklungsarbeit auszuführen.

2. Teilgebiete des Stahlbaues

Zu Beginn stehen also «Marktbeurteilungen», so dass vorerst das Fachgebiet Stahlbau und seine Teilgebiete analysiert werden sollen. Wenn davon ausgegangen wird, dass die Norm den in der Teilrevision 1974 umschriebenen Geltungsbereich abdecken soll, so sind es die Gebiete *Stahlbau* und *Stahlbrückenbau.*

Mit gewissen Einschränkungen und unter Beachtung weiterer Vorschriften, können durch die Norm folgende Produkte weiter erfasst werden: *Grossbehälter, Druckleitungen,*

Tabelle 1. Aufgaben bei der Produkteentwicklung

Teilgebiet und Aufgabe	Industrieprodukt	Stahlbaunorm
Vorarbeiten		
Marktbeurteilung	Bestehende Produkte, Marktbedürfnisse, Konkurrenz	Teilgebiete, Benützer, andere Normen
Organisation	Forschungsabteilung, Sachbearbeiter	SIA-Kommission, Sachbearbeiter
Mittel	Budget und Kredit	Budget und Kredit
Entwicklung		
Auswertung aller bestehenden Erkenntnisse	Durch Forschungs- und Entwicklungsabteilung, einzelne Sachbearbeiter	Durch Sachbearbeitergruppe
Beurteilung	Durch Team	Durch SIA-Kommission
Erprobung		
Technische Erprobung	Prototyp, Versuchsobjekt	Fachvorträge, Seminare
Markterprobung	Nullserie	Vernehmlassung
Produktion	Bereitstellung entsprechender Produktionsmittel	Bereinigung der Vernehmlassung, Übersetzung
Absatz	Aufbau einer Verkaufsorganisation	Vertrieb, Kommentare, Fachvorträge